

Der Widerstand lebt!

Castortransport mobilisiert Atom- und Regierungsgegner

Das hatte die Atomlobby und ihre Regierung wohl nicht gedacht: Der Widerstand gegen die Kernenergie ist spätestens nach der Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke so stark angewachsen, dass der jüngste Transport von radioaktiven Stoffen aus dem französischen La Hague ins niedersächsische Gorleben schon anfangs zum Stehen kam und schließlich nur mit Polizeigewalt durchgesetzt werden konnte.

Schon der Start des Transportes war in diesem Jahr von Protesten und Blockaden geprägt. Demonstranten gelang es immer wieder, durch Ankettungen an die Gleise oder Abseilung von einer Brücke den strahlenden Atommüll während seiner Reise durch Frankreich und Deutschland aufzuhalten.

Zeitgleich versammelten sich im Wendland mehrere zehntausende Gegner der Atomenergie aus der Bundesrepublik sowie benachbarter Staaten zur bis dahin größten Auftaktkundgebung in der Nähe des Dannenberger Verladebahnhofs. In Reden, Musikbeiträgen, auf Transparenten sowie durch andere Aktionen zeigten sie der Atomlobby und der Regierung die rote Karte. Zu unsicher, zu teuer, unverantwortlich gegenüber den jetzigen und kommenden Generationen und nur auf Profitmaximierung der Energiekonzerne ausgerichtet - so lautete die Kritik. Alt und jung, Schüler, Landwirte, Ärzte, Lehrer, Gewerkschafter, Parteien und Organisationen forderten gemeinsam ein Ende der Atompolitik der schwarz-gelben Koalition. Unter ihnen war auch die DKP.

Mit 1 1/2 Tagen Verspätung hat der Castor-Transport das Zwischenlager Gorleben am Dienstag dann erreicht. Die Polizei konnte auch beim Straßentransport ihren Zeitplan nicht einhalten. Besonders eine Menschenblockade direkt vor dem Zwischenlager sorgte für stundenlange Verzögerungen. Bauern und andere Atomgegner hatten rund um Gorleben die Straßenkreuzungen mit Treckern blockiert, so dass die Polizei ihre Kräfte nicht in ausreichender Zahl zur Auflösung der Blockade bringen konnte. Auch ein LKW von Greenpeace, der vor der Ausfahrt des Verladekrans in Dannenberg auf der Straße fixiert wurde und in sich Aktivisten beherbergte, die sich mit Stahlröhren an der Straße befestigt hatten, führte zu Verzögerungen.

Rechtswidrige Handlungen wie Durchsuchungen ohne entsprechende Genehmigungen, Demoverbote, Ausgangssperren und Behinderung der Berichterstattung begleiteten diesen Transport. "Wer die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert, muss auch mit verlängerten Laufzeiten für Atommülltransporte rechnen", so die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg.

Noch bevor der Transport das Wendland erreichte, zwang der starke

und gewachsene Widerstand den Castor zu mehreren und mehrstündigen Unterbrechungen. Auf dem letzten Streckenabschnitt vor dem Verladebahnhof kam es am Sonntag (7. 11.) schließlich zum Gau für die Polizei. Sie konnte ihren Auftrag nicht erfüllen und musste den Mülltransport für viele Stunden anhalten. Zu groß war eine friedliche Sitzblockade von mehreren tausend Demonstranten auf den Schienen zwischen Lüneburg und Dannenberg. Unter ihnen war auch die DKP, die an einem Stand heiße Getränke, UZ, Infomaterial sowie politische Gespräche anbot. Neben dem Bundesgeschäftsführer der DKP, Klaus Weißmann, nahmen weitere Kommunistinnen und Kommunisten aus Lüneburg sowie aus anderen Teilen des Landes an der Kundgebung und an den danach folgenden Schienen- und Straßenblockaden teil.

Die Straßenblockaden erschwerten zusätzlich die Taktik der Polizei, die weder ihre Kräfte noch ihre Technik "rechtzeitig" zu den Brennpunkten im Wendland herankarren konnte.

Militärische Mittel

Mit rund 20 000 Beamten, mit Wasserwerfern, gepanzerten Räumfahrzeugen, Hubschraubern, vermummten Beamten, scharfen Hunden und galoppierenden Pferden, mit Reizgas, Pfefferspray, Schlagstöcken, Einschüchterung und Kriminalisierung wurde dieser Castortransport schließlich doch noch durchgeprügelt.

Doch zu welchem Preis? Das Vertrauen in die Politik war bei den Wendländern und vielen Menschen im Bundesgebiet ohnehin erschüttert, doch die Gewaltanwendung der Polizei setzte neue Maßstäbe. Die Kosten des Einsatzes gehen erneut in die Millionen. Durch die Blockaden war der Nachschub und der Austausch von Beamten teilweise nicht möglich, so dass einige Ordnungskräfte über 24 Stunden im Einsatz waren oder nicht gepflegt werden konnten. Der normale Bahnverkehr war für mehrere Stunden massiv gestört. Es gab sowohl in Frankreich als auch in Deutschland schwerverletzte Demonstranten. Ein Bundespolizist hat während des Transports sein Leben mit seiner Dienstwaffe beendet. Aber die Regierung will an ihren Atomplänen festhalten. Sie wird auch beim nächsten Castortransport wieder bloßgestellt.

jt

Fotos 

 zurück

Artikel versenden 